DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

Liebe Leserinnen und Leser!

Jahrzehntelang durften wir nicht. Dann, aus dem Stand heraus, gleich sollten wir – und haben auch, und wie ...!

Ein knappes dreiviertel Jahr lang. Immer knapp an Zeit, knapp an Geld, knapp an körperlichen, oft an nervlichen Kräften. Trotzdem waren wir jede Woche am Berliner Runden Tisch, haben uns täglich für bessere Lebensbedingungen geistig oder körperlich behinderter Menschen und ihrer Angehörigen eingesetzt, haben für Behindertentaxis und einen für alle brauchbaren öffentlichen Nahverkehr gekämpft, für integrative Bildung in „Normal-"Schulen und Kindergärten, für menschenwürdiges Wohnen auch schwerstbehinderter junger und alter Menschen; haben bei Politikern, bei vielen Entscheidungsträgern immer wieder um Einsicht gerungen, daß behinderte Menschen nicht einfach „Sozialfälle" sind, daß ihre Bedürfnisse wirklich in *jedem* Bereich beachtet werden müssen; haben, wenn Staat und Kommune sprachlos blieben, selber für die Betroffenen lebenswichtige Informationen gesammelt und verbreitet, Rechtsberatung vermittelt, Foren zu Sozial-, Renten- und Arbeitsrechtsfragen veranstaltet; haben um Telefone gekämpft und sind bis in die Nächte angerufen worden. Bei manchem Hilferuf waren wir selber ratlos – aber hörten zu, fühlten mit, eben auch aus eigener Erfah-

Hans-Reiner Bönning

IN DIESEM HEFT:

- **Aus Nachbars Landen** *Seiten 4–8*
- **anstoß** *Seiten 9–14*
- **Mobilität** *Seiten 16/17*
- **Recht** *Seiten 19/20*
- **POST** *Seiten 21–25*
- **INFO** *Seiten 26–29*

1. Jhg., Nr. 14/90
10. September 1990
Preis 1 DM
(Österreich 7 ÖS, Schweiz 0,90 sfr, Italien 700 Lire)

rung, und fanden dann noch in der selben Nacht oder in den nächsten Tagen gemeinsam zu Lösungen.

Hier im Berliner Behindertenverband haben wir das in mehr als einem Dutzend Arbeits- und Projektgruppen versucht, in bislang zehn Stadtbezirks- und Basisgruppen; oft und ausdauernd auch als engagierte „freie Mitarbeiter" kommunaler und staatlicher Organe („frei" soll nur heißen, daß Mitarbeiter für ihre Arbeit bezahlt werden, wir für unsere nicht).

Wie gesagt, seit einem dreiviertel Jahr jetzt.

Und nun: huschhusch, zurück in die Körbchen?

Wenn es nach der Meinung einiger Spitzenpolitiker in unserer Halb-Stadt ginge (und nach der Meinung einiger ihrer Berater), dann wäre dem so, dann wär's das halt gewesen.

Dann wäre laut kürzlich vorgestelltem Haushaltsplan des Magistrats kein Kupferpfennig mehr für uns und überhaupt für keine der hiergewachsenen Selbsthilfegruppen da, nur noch für fürsorglich-karitative Wohlfahrtsverbände, bei denen wir kein Wörtchen mitzureden hätten, außer natürlich bitte-bitte und danke-danke, ganz wie gehabt. Dann dürften wir ab jetzt uns nur noch schleunigst „irgendwo anschließen" (wortwörtlich so wird uns geraten), bei diesem oder jenem wohlbetuchten Partner, der sich uns mit schlangenhafter Freundlichkeit entgegenräkelt: „... irgendwann kriegen wir Euch, alle, denn – wir sind so guuut ..."

Na prost Sahnejoghurt (und nichts gegen diesen), aber: *denkste!* Im Ost-Berliner Behindertenverband vereinen sich derzeit über tausend Mitstreiter, Hilfesuchende und Helfer. Inzwischen arbeiten auch Westberliner mit, nicht nur bei Demos, und wir mit ihnen. *In Selbstbestimmung und Würde jedes Betroffenen, und – dafür!*

Ihr Hans-Reiner Bönning

Hans-Reiner Bönning ist amtl. Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes

Impressum:
Verlag: Gesundheit GmbH (i. G.) Berlin, Neue Grünstraße 18, Berlin, 1020
Verlagsdirektor: OMR Dr. med. D. Künzel
Redaktion/Leserpost: Neue Grünstraße 18, Berlin, 1020
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung & Würde")
Verantwortlicher Redakteur: Elvira Seifert
Redaktionsbeirat: Daniela Reinhold, Dr. Gabriele Hallof, Dörthe Kränke, Ralph Loell, Regina Reichert, Dr. Rudolf Turber, Marion Schulzke

Fotonachweis: Michael Klenner, R. Disselberger
Satz: deutsch türkischer fotosatz, Besselstraße 13, 1000 Berlin 61, Tel. (030) 251 06 28 / 29
Druck: Felgentreff und Goebel, Zossener Straße 55, 1000 Berlin 61
Registriert unter Nr. 1802 beim Ministerium für Medienpolitik der DDR
ISSN: 0863-4157
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. August 1990
Die **nächste Ausgabe** erscheint am 24. September 1990

Nach Redaktionsschluß

ABiD in ganz Deutschland

Neuer Name soll auf Verbandstag bestätigt werden

Auf seiner Tagung am 31. August 1990 beschloß der Vorstand des Ostern gegründeten bisherigen Behindertenverbandes der DDR eine neue vorläufige Satzung. Sie trägt den Gegebenheiten der deutschen Einigung und den Erfordernissen der selbstbestimmten Behindertenbewegung Rechnung und ermöglicht zukünftig die Wirksamkeit des jungen Verbandes von Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen, deren Angehörigen sowie Freunden und ständigen Helfern auch auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland.

Der Name der Selbsthilfeorganisation wurde mit sofortiger Wirkung in

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V.
„Für Selbstbestimmung & Würde" (kurz: ABiD)

geändert. Ab sofort können auch Einzelpersonen direkt Mitglied des Verbandes werden.

Der Vorstand beschloß die Ausgabe von einheitlichen Mitgliedsausweisen, die bei der Hauptgeschäftsstelle (Am Köllnischen Park 3, Berlin, 1020) angefordert werden können.

Die vorläufige Satzung, die gemeinsam mit einer präzisierten Finanzordnung in Kraft tritt, soll auf einem

Außerordentlichen Verbandstag
am 10. und 11. Mai 1991

bestätigt werden.

Den Wortlaut der neuen Satzung veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe.

Frank Merkel

Zug um Zug in die Zukunft

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V., die vom 4. bis 7. Juli in Frankfurt/Main stattfand. Mit großer Freude nahmen wir Halle-Neustädter die uns zugegangene Einladung an. Sowohl die Begrüßung als auch die Unterbringung und Versorgung zeigte, daß wir gern gesehene Gäste waren.

Um welche Inhalte ging es nun in den drei Tagen anstrengender, aber zugleich auch interessanter Diskussion: Das Hauptanliegen war die Mobilität Behinderter auf Bahnhöfen und in Zügen. Dabei ging es sowohl um die Gestaltung der Zugänge zu Bahnhöfen als auch deren behindertengerechter Gestaltung. Erfreulich für mich als meist nur Zuhörer war, da dabei stets die Belange aller Behinderungsspezifika (Rollstuhlfahrer, Blinde/Sehschwache, Hörgesch. usw.) Beachtung fanden und bei Notwendigkeit auch Konsens im Interesse aller gefunden wurde.

Das breite Spektrum der an der Veranstaltung teilnehmenden Gäste war für uns etwas Neues. Neben Betroffenen saßen an einem Tisch Vertreter der Bundesbahn, der Schweizer u. niederländischen Eisenbahn, der Industrie und der Politik. Auch aus unserer Republik nahmen je ein Vertreter des Ministeriums für Verkehrswesen und der Reichsbahndirektion Halle teil. So konnten viele Erkenntnisse und Erfahrungen an Ort und Stelle ausgetauscht werden.

Neben der Gestaltung der Bahnhöfe ging es vor allem um Einstieghilfen in Zug sowie in die S-Bahn. Während durch die Vertreter der verschiedenen Behindertengruppen eindeutig die waggongebunde Einstieghilfe favorisiert wurde, tendierte die Meinung der Vertreter der Bundesbahn zu den bahnsteiggebundenen Einstieghilfen. In der Diskussion wurde durch den Vertreter der niederländischen Eisenbahn unter anderem darauf verwiesen, daß bahnsteiggebundene Einstieghilfen immer ein Notbehelf bleiben werden und daß in seinem Land den waggongebundenen der Vorzug gegeben wird. Dies fand den ungeteilten Beifall der Behinderten und ihrer Freunde.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Gestaltung der Waggons selbst. Neben den Intercityreisewagen schnitt dabei erfreulicherweise der in Bautzen gebaute Reisezugwagen am besten ab. Hier können wir nur hoffen, daß unsere DR recht schnell eine Vielzahl solcher Wagen in Dienst stellt. Zusammenfassend kann ich sagen, daß wir bei dieser Veranstaltung sehr viel lernen konnten, aber auch die Arbeit hier bei uns nicht unter den Scheffel zu stellen brauchen. Neben den eigentlichen Sachthemen wurden uns natürlich auch Fra-

gen zur Arbeit unseres Verbandes gestellt. Unsere Freunde in der BRD wünschten uns dabei weiteren Erfolg und versprachen, uns bei folgenden Veranstaltungen wieder einzuladen. Dies ist nun Realität geworden, denn vom 6. bis 8. September sind wieder zwei Mitglieder des Behindertenverbandes Halle eingeladen. Diesmal lautet das Thema „Endlich zum Ziel – Omnibusse und Straßenbahnen für Alle." Ich werde auch nach dieser Veranstaltung in der STÜTZE berichten.

Der Autor dieses Beitrages ist Vorsitzender BV Halle und Mitglied des Präsidiums des Behindertenverbandes der DDR.

Dr. Wolfgang Obwexer

Berufsfindungskurse in Südtirol

Die Südtiroler Berufsschule bietet derzeit geistig- und lernbehinderten Jugendlichen einen Ausbildungslehrgang an, der sich in zwei Abschnitte gliedert: den Berufsfindungskurs und den Sonderkurs. Erklärtes Ziel dieses Lehrgangs ist die Integration behinderter Jugendlicher in die Arbeitswelt, jedoch nicht im Sinne einer einseitigen Anpassung der Jugendlichen an die Erfordernisse der einzelnen Betriebe, sondern eines wechselseitigen „Aufeinanderzubewegens". Der Berufsfindungskurs ist eine einjährige berufsabklärende Maßnahme, in der der Jugendliche die Möglichkeit hat, sich in verschiedenen Bereichen zu erproben, seine Fähigkeiten und Interessen kennenzulernen, um am Ende des Jahres eine geeignete Berufswahl treffen zu können. Dazu erhält er einerseits theoretischen Unterricht, wo er neben schulischen Wissen lebenspraktische Fertigkeiten erlernt. Die meiste Zeit verbringt der Jugendliche in Werklaboratorien und Praktika. In den Werklaboratorien erprobt sich der Schüler in der Berufsschule in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Holzverarbeitung, Metallverarbeitung, Haushalt usw. In den Praktika versucht sich der Jugendliche in verschiedenen Betrieben, wo er zwei bis drei Wochen mitarbeitet.

Am Ende des Berufsfindungsjahres entscheiden sich die Eltern und der betroffene Schüler mit unterstützender Beratung seitens der Lehrer und zuständigen Psychologen und Pädagogen, welcher weitere Ausbildungsweg beschritten wird.

Schülerinteressen geben den Ausschlag

Der Sonderkurs dauert zwei Jahre und ist der Versuch, den behinderten Berufsschülern eine betriebsnahe, integrierte Ausbildung anzubieten. Vor Beginn des Sonderkurses wird ein Betrieb gesucht, der den Interessen des Schülers entspricht und der bereit ist, den Schüler als Praktikanten aufzunehmen. Die Südtiroler Landesregierung schließt daraufhin mit dem Betrieb einen Ausbildungsvertrag ab, wo festgesetzt wird, daß dem Arbeit-

geber keine Kosten und zivilrechtlichen Verpflichtungen entstehen. Zudem erhält er einen Beitrag für eventuellen Produktionsausfall. Das hat zum Vorteil, daß der Betrieb unverbindlich auf Menschen mit Behinderungen zugehen kann. Arbeitgeber und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, Vorurteile und Ängste abzubauen, die dem Behinderten einen Einstieg ins Berufsleben oft erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Der Schüler erhält die Chance einer betriebsnahen Anlernung. Er wird mit den Anforderungen eines „normalen" Arbeitsplatzes konfrontiert, wobei man begleitend versucht, die spezifischen Bedürfnisse des Behinderten mit einzubringen.

Ziel der Ausbildung: Fester Arbeitsplatz

Während des Sonderkurses arbeitet der Jugendliche also, begleitet von einem Berufsschullehrer, vier Tage in einem Betrieb. Und einmal wöchentlich kommt er in die Berufsschule, wo er, wie im Berufsfindungskurs, lebenspraktischen und theoretischen Unterricht erhält. Am Ende dieses Ausbildungslehrganges steht, wenn das Ziel erreicht wird, die Anstellung durch den Betrieb. Durch das unverbindliche Kennenlernen und die zweijährige, spezifische Ausbildung im Betrieb gelingt es, mehr als die Hälfte aller Schüler unterzubringen. Jenen Jugendlichen, die keine Anstellung finden, wird ein geschützter Arbeitsplatz (z. B. in einer Werkstatt für Behinderte) zur Verfügung gestellt, oder sie werden über das Pflichtvermittlungsgesetz zu einem späteren Zeitpunkt in den Arbeitsmarkt integriert.

Die betriebsnahe Ausbildung bringt auch für die persönliche Entwicklung des jungen Menschen große Vorteile. Er fühlt sich als gleichberechtigter Arbeiter, nimmt auch an Freizeitaktivitäten der Belegschaft teil und ist so in ein soziales Umfeld integriert, das bald einen wichtigen Bestandteil seines Lebens ausmacht. Die negativen psychologischen Auswirkungen eines ausgesonderten Arbeitsplatzes werden somit weitgehend vermieden. Die Berufsfindungs- und Sonderkurse sind aber trotzdem nur ein Schritt zur vollen Integration von Menschen mit Behinderungen.

In Zukunft integrierte Projekte an Berufsschülern

Der zukünftige Weg besteht darin, integrierte Projekte an der Berufsschule voranzutreiben. So gehen die Bemühungen dahin, Schüler in die „normalen" Lehrlingsklassen zu integrieren, indem man ihnen sowohl Stützunterricht und Ergänzungsunterricht anbietet, als auch im Betrieb begleitet.

Leider konnte ich in dieser Kürze nur einige Aspekte des Ausbildungslehrganges (Berufsfindungs- und Sonderkurse) an den Südtiroler Berufsschulen schildern. Wer sich eingehender damit auseinandersetzen will, oder wer auch nur Klärungsfragen hat, der wende sich an folgende Adresse: Dr. Wolfgang Obwexer, Inspektorat für die Berufsausbildung, Dantestr. 3, I-39100 Bozen, Italien, Tel.: 0471/973494

Claudio Pisani

Unerschöpfliches Thema: WOHNEN

Ich bin selbst ein Betroffener und weiß, wie dieses Problem jeden Behinderten belastet und für jeden nur ganz persönlich gelöst werden kann. Allgemein steht nur fest, daß der behinderte Mensch in seiner Familie, im eigenen Haus, am angenehmsten und am liebsten lebt. Das aber setzt eine gewisse Selbstständigkeit des Behinderten und die Bereitschaft der Familie voraus, eine größere Belastung auf sich zu nehmen. Bei Kindern und Jugendlichen ist das am besten möglich, zumal die Eltern dann noch relativ jung und besser belastbar sind. Eine Überforderung tritt jedoch auch hier ein, je schwerer das Familienmitglied behindert ist. Von Jahr zu Jahr wird dann das Zusammenleben schwieriger und Spannungen stauen sich an. Es wäre für alle eine Entlastung, hätte schon der behinderte Jugendliche die Möglichkeit, mindestens zeitweilig außerhalb des Elternhauses zu wohnen. Dazu bieten Wohngemeinschaften eine gute Lösung, da sie einerseits Betreuung und andererseits eine familiäre Atmosphäre ermöglichen sowie den Bewohnern viel Freiheiten gestatten. Ein weiterer Pluspunkt ist, daß sich die Betreuer ablösen und folglich frischer und einsatzfähiger sind als jemand, der ständig und allein die Situation bewältigen muß.

Die Wohngemeinschaft von Bruneck in Südtirol, wo ich wohne, zeichnet sich durch die Wohnlichkeit der Räume aus: gemütlich, sauber, groß genug, um sich auch im Rollstuhl bewegen zu können und – lebenswichtig: mit fast 100prozentig rollstuhlgerechten Klosetts. Diese Parterre-Wohnung hat 5 Schlafzimmer mit WC und Dusche, Stube und Küche mit Zugang zum Garten, Eingang, Wasch- und Baderaum, plus Kellerraum und eine Garage. Wir sind fünf Bewohner von 19 bis 50 Jahren: Zwei mit psychischen, zwei mit epileptischen Problemen und ein Tetraplegiker.

Die drei Betreuer wechseln sich normalerweise täglich ab: sie sind im Haus ab 15.30 Uhr bis – theoretisch – 8 Uhr morgens, aber praktisch bis der letzte weg ist. In der Nacht ist immer jemand da und, wenn nötig, bleibt die Betreuung ganztägig. Jeder geht tagsüber seiner Arbeit nach und macht danach was er will, wie bei sich daheim, eventuell mit Hilfe der Betreuer. Die Hausarbeiten werden gemeinsam besprochen und unter den Arbeitstüchtigen und den Betreuern aufgeteilt. Alle Insassen sind da, weil sie familiäre Probleme haben und ein normales Leben daheim nicht möglich ist, so kommt es, daß die Betreuer häufig auch als Seelenmasseure wirken müssen: im großen und ganzen kommt man gut miteinander aus.

Man könnte allerdings auch die Wohnung des Behinderten so einrichten, daß er darin selbst zurecht-

kommt und eventuell eine fremde Hilfe bereitstellen: in manchem Fall sicherlich angebracht, aber bei der Vielfältigkeit der Behinderungen keine allgemein gültige Lösung. Man muß wahrscheinlich elastischer denken und auch ungewohnte Lösungen anwenden, damit z. B. das Familienleben weiter gehen kann. Ist aber die Behinderung zu schwer geworden oder die Anwesenheit von einer Person, die Pflegeleistungen übernehmen kann, im Haus nicht mehr gegeben, wäre eine Heim-Unterbringung natürlich sinnvoller. So kann man in Bruneck bis zum 55. Lebensjahr im Sozialzentrum betreut werden: die sanitären Anlagen sind nicht ganz rollstuhlgerecht, aber die Betreuung ist rund um die Uhr gewährleistet.

Ein anderes Problem sind die Altersheime. Allerdings sollte man da wirklich erst alt genug sein, um dort einzuziehen. In den meisten Fällen – so auch in meiner Heimatstadt – sind da noch einige Veränderungen notwendig, um behinderte Menschen dort aufnehmen zu können.

Diese und weitere Unterbringungsformen sollten in Erwägung gezogen und je nach der Situation angewendet werden, wobei natürlich die Kostenfrage eine maßgebende Rolle spielt. In Bruneck sind alle Möglichkeiten gegeben und die zuständigen Stellen bemühen sich, Lösungen zu finden. Was man bessern könnte, ist die Anpassung der Räumlichkeiten an die Bedürfnisse der stark Behinderten: es passiert noch häufig, daß sie theoretisch auch für Behinderte gedacht sind, da aber die Planer meistens keine direkte Erfahrung mit denselben haben, doch nicht den Bedürfnissen entsprechen. Es wäre sinnvoll, daß die Planer und Innenausstatter mit den Behinderten-Organisationen oder einzelnen Behinderten selbst in der Planungsphase Kontakt hätten, um nachträgliche Änderungskosten zu vermeiden.

Das betrifft das Bauen überhaupt, denn bei Um- oder erst recht bei Neubau können oftmals sehr schnell günstige Lösungen für behinderungsgerechtes Wohnen gefunden werden, die auch jedem anderen Menschen (wenn gerade kein Behinderter diese Wohnung beansprucht) von Nutzen sind.

In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft leben etwa 30 Millionen Behinderte. Ihre Interessen vertritt die „Action Europeenne des Handicapes" (AEH), der Behindertenverbände aus den einzelnen EG-Staaten angehören. Die AEH fordert noch vor der Bildung des Binnenmarktes 1991 eine „europäische Sozialcharta", um Mindeststandards der sozialen Sicherung festzuschreiben und durchzusetzen. Die AEH sieht es als unbedingt erforderlich an, die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherheit für alle Behinderten zugänglich zu machen und sie allmählich an das fortgeschrittenste heranzuführen.

Bruno Franz

anstoß

Zeitschrift
für Angehörige und Freunde
geistig behinderter Menschen

Bernau – behindertenfreundliche Stadt

Unter dem Motto „Integration statt Isolation" veranstaltet Bernau vom 29. September bis 6. Oktober 1990 eine Aktionswoche. Es geht um integratives Leben Behinderter, vom Alltag bis zum Rathaus. Elterngruppe, Mitglieder der Gesellschaft für Rehabilitation, die Gruppe Reha & Design, Wissenschaftler der Humboldt-Universität und Selbsthilfegruppen stellen sich und ihre Konzepte vor. Täglich sind Seminare und Diskussionen geplant. Natürlich ist auch an Kinder gedacht. Spielaktionen, u. a. mit Spielwagen aus Berlin und Echo e.V. aus München wollen zeigen, wie behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam spielen können. Die Geistigbehindertenschule Zepernick, die Körperbehindertenschule Börnicke, die Einrichtung Lobe-

thal und das Geschützte Wohnheim Tuchmacherstraße sind mit dabei und geben Einblicke in ihre Arbeit. Und selbstverständlich werden Ärzte, Psychologen, Pädagogen, Architekten und Politiker (Behindertenbeauftragter, Dezernatsleiter Soziales) Rede und Antwort stehen.

Eröffnet wird die vielversprechende Woche am Sonnabend, dem 29. September 1990 um 14 Uhr in der Ponsong-Schule, Bernau, W.-Pieck-Straße. Ihren Abschluß soll sie am Freitag um 12 Uhr mit einem gemeinsamen Fest finden. Übernachtungsmöglichkeiten für Gäste werden geboten. Wer sich noch anmelden möchte, kann das unter folgender Adresse (möglichst sofort) tun.

M. Alberts-Obstück
Bahnhofstr. 8, Bernau, 1280

Sicher lohnt es sich auch, einfach mal vorbeizuschauen. Den Initiatoren wünschen wir gutes Gelingen und allen Beteiligten Spaß und viele gute Anregungen.

Gert Schumann

„Behindert!" – und wie weiter?

Dieser Beitrag soll Anstoß für alle Interessierten sein, über den weiteren Weg unserer Arbeit in Behinderten-Werkstätten nachzudenken. Er macht hoffentlich Mut und soll Gelegenheit geben, miteinander in ein Gespräch zu kommen.

Die Entwicklungstendenzen der letzten Monate zeigen:

1. Geistig behinderte Menschen sind kaum noch auf geschützte Arbeitsplätzen zu vermitteln.

2. Die jetzt noch uns zur Verfügung stehenden industriellen Kooperationsarbeiten werden im Zuge der Einführung effizienter Marktwirtschaft für Behinderten-Werkstätten nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen (Automatisierung).

3. Die gegenwärtig noch in den Produktionsprozeß integrierten geistig behinderten Menschen mit Verhaltensstörungen werden zunehmend durch den zu erwartenden verstärkten auftretenden Konkurrenzkampf aus den Betrieben gedrängt.

Wie können wir darauf reagieren?

Unsere lange und intensive Erfahrung im Umgang mit geistig behinderten und zugleich verhaltensauffälligen Klienten versetzt uns in die Lage und verpflichtet uns, die Gruppe in unserer Werkstatt aufzufangen.

Bisherige Praxis in der Werkstatt ist es, daß unsere Klienten täglich mehrere Stunden hintereinander Tätigkeiten ausführen, die monoton, feinmotorisch vereinseitigt, wenig Handlungsspielraum lassen und mit geringen Freiheitsgraden ausgestattet sind. Hinzu kommt, daß diese Arbeiten vollkommen aus dem gesellschaftlichen Interaktionszusammenhang heraus gerissen, isoliert in der Werkstatt, von unseren Klienten ausgeführt werden, und deshalb keine realen Trainings- und Lernfelder bieten können, um den notwendigen sozialtherapeutischen Prozeß der Verhaltenskorrektur stimulieren zu können. Deshalb werden wir uns jetzt Tätigkeiten suchen die gefragt, populationsadäquat und nicht aus dem Interaktionszusammenhang gerissen sind. Unsere Auffassung nach bietet sich dafür die große Gruppe der Dienstleistungen ideal an.

Wir haben bereits erste Schritte in diese Richtung getan. Im November konnte bei uns die Idee entstehen, das Projekt „Fahrradwerkstatt" in Angriff zu nehmen, das inzwischen auch in die Tat umgesetzt werden konnte.

Weiterhin haben wir einen Behindertenverein e.V. gegründet. „Das 5. Rad" will sich für adäquate Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten jugendlicher und erwachsener Behinderter einsetzen.

Näheres dazu in einem der nächsten Hefte.

Heidi Ruttmann

Integration und Frühförderung

Gemeinsame Erziehung von Kindern in Gruppen ist Normalität. Früher wurden Jungen und Mädchen separiert, die Geschichte hat diese moralische Zwanghaftigkeit überholt. Dennoch wurden aus der Gemeinschaft der Kinder diejenigen ausgesondert, denen ein Mangel zugeschrieben wurde. Die gesetzliche Meldepflicht der Ärzte erscheint in diesem Zusammenhang nicht zweifelsfrei positiv. Die entwicklungsauffälligen Kinder wurden in Sondergruppen betreut, die sich aus Kindern mit verschiedenen Schädigungen zusammensetzten.

Es geht hier weniger um die Klärung der Frage, wann beginnt Aussonderung, sondern eher um das praktische Wiederherstellen der Kindergemeinschaft. In den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit wird das Kind gestellt, nicht die Spezialbehandlung eines Mangels. Der Neubeginn gemeinsamer Erziehung liegt in den entwicklungspsychologischen Gesetzmäßigkeiten der kindlichen Entwicklung, die für das Leben auffälliger Kinder genauso bestimmend sind, wenn die auch nicht zeitgleich wie bei ihren Altersgefährten auftreten. Die besonderen Lernangebote, die den auffälligen Kinder eine frühe Kommunikation mit anderen ermöglichen sollen, müssen möglichst im ersten Lebensjahr sensibel und konkret erfolgen. Die Abschirmung der Kinder gilt es in ihrem Interesse aufzuheben. Integrative Erziehung setzt mit der Selbstverständlichkeit des Umgangs aller Kinder ein. Die frühe Gemeinschaft der Kinder und damit auch der Elternschaft kann ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Selbstverständlichkeit sein. In der Gegenwart bedarf es der Vorbereitung aller Beteiligten, der Eltern ebenso wie der Betreuer.

Prof. Schöler (TU Berlin) unterstrich in ihrem Referat vor Potsdamer Pädagogikstudenten die Wichtigkeit intensiver Frühförderung. Diese Förderung ist nicht an die Organisation der Sondergruppen gebunden. Sie kann als Einzelfallhilfe, in Beratungsstellen oder integrativ erfolgen (u.v.m.). Wesentlich für die Entwicklung des Kindes ist, daß in diesem frühen Lebensabschnitt angemessene Förderungsangebote erfolgen (s. Heft Basale Stimulation).

Auch im frühen Kindesalter wirkt sich der Kontakt zu anderen Kindern stimulierend auf das soziale Lernen und Erleben aus. Das räumliche Zusammenführen von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist jedoch noch keine Integration. Erst wenn die Kinder, so Prof. Feuser (Bremen), im täglichen Umgang miteinander entsprechend ihren Voraussetzungen am gleichen Gegenstand lernen, bilden sich wirklich neue Qualitäten in den Beziehungen untereinander heraus. Sie erfahren, daß jedes Grup-

penmitglied einen bedeutenden Beitrag für alle leisten kann.

Aufgabe der Eltern und Erzieher ist es, die Kooperation der Kinder anzuregen. Wie aus einer Umfrage unter Erziehern in Sondergruppen hervorgeht, betrachten 42,3 Prozent der Befragten integrative Früherziehung als optimale Variante und 50 Prozent sind bereit, in gemischten Gruppen zu arbeiten. 73 Prozent der befragten Krippenerzieher sehen in altersgemischten integrativen Gruppen die Basis für effektives pädagogisches Arbeiten. Die Zusammenarbeit mit den Eltern und zuständigen kommunalen Behörden entscheidet die praktische Umsetzung.

Die Frühförderung in kleinen Gruppen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung der Kommunikationsfähigkeit der entwicklungsauffälligen Kinder. Sie erleben kindliche Aktionspartner, von denen sie lernen (und umgekehrt). Diese kindlichen Aktionspartner können auch durch den spezialisiertesten Erzieher nicht ersetzt werden. Eine gemeinsame Erziehung in diesem frühen Alter, unterstützt von gezielten Förderungsmaßnahmen, ist ein Baustein zur Entwicklung des Selbstbewußtseins. Und das wird bei Kindern genauso gefordert wie bei Erwachsenen, wenn sie sich in der Umwelt behaupten müssen.

Der „Irseer Kreis“ e.V.

... ist eine Selbsthilfefirma für psychisch Behinderte, die 1982 aus einer Initiative von Mitarbeitern verschiedener Einrichtungen im Ostallgäu entstand. Diese Selbsthilfefirma betreibt seit 1988 einen Versandhandel für Werk- und Spielmaterialien sowie Werkzeug und Zubehör. Die Produkte werden entweder von Herstellern bezogen oder in der Firma bzw. der Arbeitstherapie selbst hergestellt. Die Palette reicht von Modelliermassen, Wachsen und Farben verschiedener Art über Knüpf- und Flechtmaterial, Pinseln, Brennöfen, Fachbüchern, Bausätzen und Fertigprodukten wie Kleingewächshäusern, Leinwänden und Bilderrahmen bis zu Marionetten.

Was hier aufgelistet wurde und im Katalog vollständig verzeichnet ist, steht als Resultat harter Auseinandersetzungen mit Skeptikern und bürokratischen Verwaltungen. Voraussetzung zum Aufbau dieser Selbsthilfefirma war die dringende Notwendigkeit, Arbeitsplätze für psychisch Kranke und Behinderte zu schaffen. Arbeitsplätze, die mehr sind als die „Kombination von Gnade und Ausbeutung“. Arbeitstherapie und Werkstatt für Behinderte können lediglich eine Krücke sein auf dem Weg der Selbständigkeit.

Wesentlich für die erfolgreiche Beschäftigung auf einem Dauerarbeitsplatz nach geltendem Arbeits-, Tarif-

und Sozialrecht ist ein Höchstmaß an Durchschaubarkeit und Strukturierung des Betriebes. So werden neben der Behinderung eigene Stärken entdeckt und das Selbstwertgefühl gestärkt. Das Arbeitsklima ist von Akzeptanz und Solidarität geprägt. Dennoch ist auch eine Selbsthilfefirma ein Betrieb, der sich dem wirtschaftlichen Wettbewerb stellen muß. Er beweist aber, daß kommerzielles und engagiertes Handeln vereint werden können. Der Weg zur eigenen Firma mußte gegen behördliche Langsamkeit und ohne besondere staatliche Zuschüsse gegangen werden. Heute arbeiten im Versandhandel der Selbsthilfefirma 5 psychisch Behinderte und 1 Betreuer im Vollerwerb. Es werden kaufmännische Arbeiten sowie Lager-, Verpakkungs- und Fertigungsarbeiten ausgeführt. Die behinderten Mitarbeiter lernen in einer 4-wöchigen Arbeit die verschiedenen Fachgebiete kennen, eine einseitige Spezialisierung wird vermieden. Die Erprobungszeit reflektieren sie gemeinsam mit Betreuern und Therapeuten, so daß eine Entscheidung gemeinsam gefunden wird. Die weitere Vorbereitung in der Arbeitstherapie dient dann konkreten Zielen wie z. B. Ausdauerentwicklung, realistischer Selbsteinschätzung oder Umgang mit Kollegen.

Der „Irseer-Kreis-Versand" bietet sich allen Reha-Einrichtungen und Werkstätten an, die ihre Produkte einem breiten Interessentenkreis zugänglich machen wollen. Gleichzeitig wendet er sich mit seinem Versandangebot an alle rehabilitativen Einrichtungen, Krankenhäuser und Stellen, an denen argotherapeutisch gearbeitet wird.

Der Katalog und weitere Informationen können unter: **„Irseer Kreis Versand"; Holzlestr. 25, 8950 Kaufbeuren, BRD** (möglichst mit Rückporto 1,80 DM) angefordert werden.

Im nächsten „anstoß" u. a.

- **Erwachsenenbildung bei Menschen mit geistiger Behinderung**
- **Schulgesetzgebung für geistig Behinderte in Westberlin**
- **Ausbildungsinhalte, Studienziele und Einsatzgebiete für den Kleinkindrehabilitationspädagogen**

Diesmal half eine Sammlung – doch die Probleme bleiben

In Ost und West überschlugen sich die Meldungen nach der Sondersitzung der Volkskammer, die in der Nacht zum 23. August nach vielem Hick-hack den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober beschlossen hatte.

Man kann davon halten was man will, eines jedenfalls ist mir völlig unbegreiflich: Nur wenig wurde von der planmäßigen Sitzung, der ersten nach der Sommerpause und gar nichts von dem dort so verheißungsvoll und menschlich-freundlichen ersten Minuten berichtet. Dabei berührte es so spürbar angenehm, als sich die Volkskammerpräsidentin, Frau Dr. Bergmann-Pohl, noch vor der offiziellen Tagesordnung, mit ganz persönlichen Worten an alle Abgeordneten wandte und im Namen des Behindertenverbandes um Geldspenden bat, damit 70 geistig behinderte Kinder und Jugendliche nicht auf ihren geplanten Urlaub im September im Ferienlager am Scharmützelsee in Bad Saarow verzichten müssen.

Ich will es kurz machen: 13 465 DM fanden sich bald danach in der großen gläsernen Wahlurne. Haben die dort so zahlreich anwesenden Reporter vielleicht deshalb über diese Spendenaktion zu beharrlich geschwiegen, weil sie von den 400 Abgeordneten mit entsprechenden Diäten denn doch ein anderes Ergebnis erwartet hatten?

Sei es, wie es sei. Alles ging gut, zumal bereits am nächsten Tage vom FC Berlin weitere 10 000 DM für das Anliegen gespendet wurden. Gut, sehr gut, den 70 jungen Freunden konnte also geholfen werden, schnell und völlig unbürokratisch, denn erst am Morgen des besagten Sitzungstages erreichte Ilja Seifert ein Hilferuf, der Frau Dr. Bergmann-Pohl dann zu dieser – für das hohe Haus denn doch recht ungewöhnlichen – Aktion veranlaßte. Warum aber kommt bei mir trotzdem keine rechte Freude auf? Ist es die Tatsache, daß überhaupt erst nach Hilfe gerufen werden muß für eine Sache, die eigentlich ganz normal und selbstverständlich ist, wie eben die Finanzierung von Ferientagen für behinderte Menschen, oder ist es das Wissen, daß gerade jetzt so unendlich viele um vieles bangen, daß viele Fragen offen sind und so mancher Hilferuf angehört verhallt? Ich wäre nicht böse, sollten ich mich diesmal irren, das meint

Ihr Blasius Stichling

Rudolf Turber

REHATEC bietet bessere Möglichkeiten für Behinderte

Am 19. Juli 1990 wurde in einem ehemaligen Stasi-Objekt in Berlin das Ausstellungs-, Beratungs- und Vertriebszentrum REHATEC-BERLIN eröffnet. Mit seinem umfangreichen und differenzierten Angebot und seiner individuellen Beratung ist es mittlerweile zu einer Einrichtung geworden, die wachsenden Zuspruch findet.

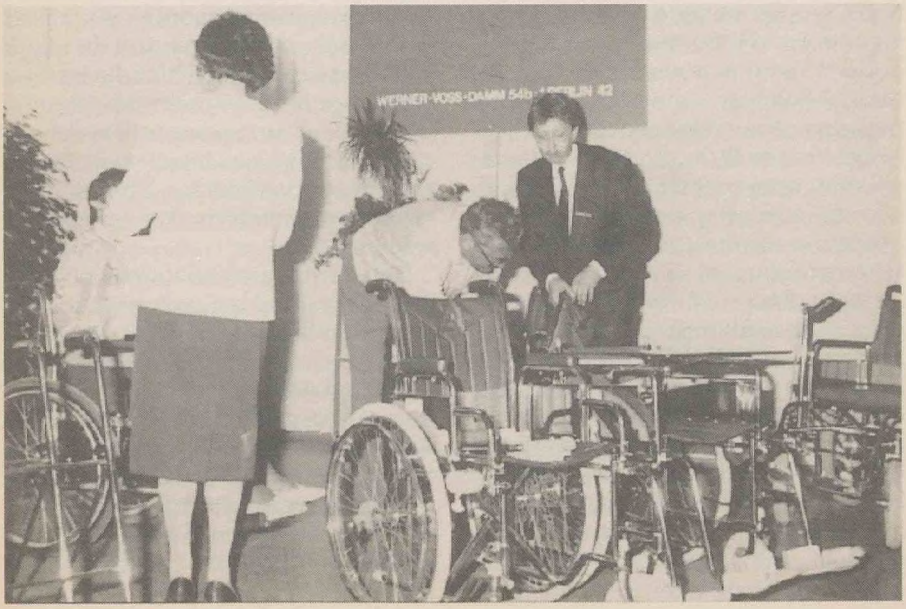
Was verbirgt sich hinter diesen sieben Buchstaben REHATEC? 1961 wurde als Werkstätte des Ostberliner Gesundheitswesens die Einrichtung ORTHOPÄDIE-TECHNIK BERLIN, kurz OTB, gegründet, um die orthopädietechnische Versorgung der Hauptstadt und des Umlandes zu verbessern, die Aus- und Weiterbildung der benötigten Fachkräfte zu sichern und orthopädietechnischen Heil- und Hilfsmittel qualitativ weiterzuentwickeln. Es kamen Aufgaben hinzu, wie die Reparatur von Versehrtenfahrzeugen, der Aufbau einer Hörmittelzentrale, der Dentalservice u.a.m. Obwohl nicht unbeträchtliche eigene Probleme standen, wurde gleichzeitig versucht, im Rahmen internationaler Verpflichtungen der DDR Unterstützung beim Aufbau der Orthopädietechnik in Entwicklungsländern zu geben, wie Guinea, Angola, Vietnam, Kuba, wo hochqualifizierte Meister und Facharbeiter des Betriebes mehrere Jahre halfen, Rehabilitationszentren und Werkstätten zu schaffen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, Materialengpässe, bürokratische Strukturen und mangelnde Effizienz mancher Bereiche wirkten sich auch auf OTB aus, obwohl die Einrichtung „rentabel" arbeitete: Produktionsausfälle infolge fehlenden Materials, lange Warte- und Lieferzeiten waren – trotz eines hohen Engagements vieler Mitarbeiter – nicht zu vermeiden. Schließlich gehörte eine Produktion für Behinderte nicht gerade zu den Schwerpunkten in der Wirtschaftspolitik der früheren SED-Führung.

Die veränderte Situation des Jahres 1990 brachte mit sich, daß aus der staatlichen Einrichtung OTB eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) wurde – mit allen Vorteilen, aber auch Risiken, die ein wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen gegenüber einem staatlich-bürokratischen System hat. Der Prozeß der Umstrukturierung ist in vollem Gange. Rund 300 Mitarbeiter umfaßt das Unternehmen nach einem Prozeß des „Gesundschrumpfens". Das sind 300 Arbeitsplätze, zum Teil auch für Behinderte, auf einem Gebiet, auf dem dringender Nachholbedarf besteht.

Moderne Behindertenhilfsmittel sind dringend erforderlich und wer-

den gebraucht. Sie sind aber nicht nur besser und differenzierter, sondern zumeist auch erheblich teurer. So kostete ein Hörgerät in der DDR früher etwa 800 Mark, eine moderne Hörhilfe aber etwa 4500 DM. Ähnlich ist die Situation bei Rollstühlen. Das Sozialsystem der Bundesrepublik bietet hier manche Möglichkeit einer Finanzierung, andererseits wird aber auch der Behinderte stärker zur Kasse gebeten. Angesichts des derzeit noch erheblichen Einkommensgefälles zwischen Ost und West und der Maßnahmen in der Bundesrepublik zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen wird deutlich, daß so manches technisch Mögliche finanziell noch lange nicht tragbar ist. Dieses Problem ist in die zukünftige wirtschaftliche Gesamtentwicklung



der Länder der ehemaligen DDR eingebettet, in die Notwendigkeit steigender Einkommen (die ihrerseits wiederum Voraussetzung für wachsende Einnahmen der Versicherungen sind) bei allen Beschäftigten. Hier zeichnet sich ein Schwerpunkt in der zukünftigen Arbeit des Behindertenverbandes ab.

Zur ORTHOPÄDIE-TECHNIK BERLIN gehören nach der Umstrukturierung die Betriebsteile REHATEC (mit seinem Ausstellungs- und Beratungszenrum, dem Rollstuhlservice, dem Dentalservice, der Hörgeräteversorgung), das Zentrum für orthopädie- und rehatechnische Bildung (mit der Klinikwerkstatt in Berlin-Buch, einer Bildungsstätte, mit Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten) sowie elf Sanitätshäuser in Berlin und Bernau mit einem differenzierten Angebot. Darunter befinden sich drei Filialen, die auf die Beratung und Versorgung mamma-amputierter Frauen, Stoma-Patienten und die Fertigung maßgerechter orthopädischer Hilfsmittel für den Stütz- und Bewegungsapparat ausgerichtet sind. Vorgesehen ist, zukünftig auch physiotherapeutische Geräte und weitere Reha-Hilfen anzubieten.

Regen Zuspruch findet das neueröffnete Ausstellungs- und Beratungszentrum von REHATEC-BERLIN, das keinesfalls auf den Berliner Raum beschränkt bleiben will. Auf rund 400 qm werden Rollstühle und Rehabilitationstechnik unterschiedlichster Firmen angeboten, verbunden mit einer individuellen Beratung. Die Beratung ist sachkundig und gründlich und zielt darauf ab, die individuell besten Möglichkeiten für den Behinderten nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe" zu erschließen. Die Besucher der Ausstellung werden mit vielen Dingen bekanntgemacht, die der Erleichterung im Leben behinderter Menschen dienen und helfen, Barrieren zu überwinden.

Schulungen und Seminare für Fachkräfte, z. B. Physiotherapeuten, ergänzen das Programmangebot. Das zu OTB gehörende Zentrum für orthopädie- und rehabilitationstechnische Bildung dient der Aus- und Fortbildung auf orthopädietechnischem Gebiet für damit befaßte Berufsgruppen. Schwerpunkte sind dabei die Meisterausbildung und eine praxisnahe und auf modernsten Technologien beruhende Fortbildung, insbesondere durch die Einbeziehung der Klinikwerkstatt Berlin-Buch. Ausgebildet werden vor allem Orthopädiemechaniker und Bandagisten, wobei sich auch hier die Berufsbilder weiter entwickeln oder in der DDR bisher unbekannte entstehen, z. B. Hörmittelakustiker. Der Trend zum hochqualifizierten Spezialisten, zum Orthopädietechniker, ist unübersehbar.

Das umfangreiche Informations-, Beratungs- und Verkaufsangebot für ältere und behinderte Menschen, verbunden mit Möglichkeiten der Erprobung und dem Angebot, bei der Klärung von Versicherungs- und Kostenfragen zu helfen, sind ein echter Fortschritt.

Kontaktaktanschrift: REHATEC-BERLIN, Straße der Befreiung 60 (Eingang Alfred-Kowalke-Straße), Berlin 1136, Tel.: 51 61 33 75

Jörg-Michael Schulze

Wichtige neue Rechtsvorschriften

Am 22. Juli 1990 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz – SchwbG), das im Gesetzblatt der DDR Teil I Nr. 49 S. 897 veröffentlicht wurde.

Wie schon im vorigen Heft „Die Stütze" erläutert, hat der Arbeitgeber bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit einem Schwerbehinderten die vorherige Zustimmung der Hauptfürsorgestelle (z. Zt. noch das Arbeitsamt) einzuholen. Dieses Zustimmungserfordernis wurde auf Arbeitnehmer erweitert, die pflegebedürftige schwerbehinderte, ständig in ihrem Haushalt lebende Personen betreuen. Halten sich allerdings pflegebedürftige Angehörige ständig im Heim auf, gilt diese Bestimmung nicht. Der Gesetzgeber spricht auch nicht von Angehörigen, sondern lediglich von Personen, die pflegebedürftig sind und ständig im Haushalt wohnen.

Als ein weiteres wichtiges Gesetz erweist sich das am 22. Juni 1990 von der Volkskammer verabschiedete Arbeitsförderungsgesetz (AFG), das im Gesetzblatt Teil I Nr. 36 S. 403 ff, vorzufinden ist. Es befaßt sich u. a. mit der beruflichen Eingliederung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter, wenn diese arbeitslos geworden oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind (§§ 56–62 AFG).

Das Gesetz zur Angleichung der Bestandsrenten an das Nettorentenniveau der Bundesrepublik Deutschland und zu weiteren rentenrechtlichen Regelungen – Rentenangleichungsgesetz vom 28. Juni 1990, veröffentlicht im Gesetzblatt Teil I Nr. 38 S. 495 ff, ist insoweit für Schwerbehinderte von Interesse, als nach § 2 dieses Gesetzes die Alters- und Invalidenrenten aus der bisherigen Sozialversicherung sowie Zusatzalters- und Zusatzinvalidenrenten aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Anzahl der Arbeitsjahre nach festgelegten Prozentsätzen erhöht werden sollen. Ist danach keine Erhöhung möglich, dann werden sie in bisheriger Höhe weitergezahlt.

Nach § 10 werden die Alters- und Invalidenrenten aus der Sozialversicherung nach den Bestimmungen der Rentenverordnung (GBl.I Nr. 43/1979 S. 401 ff.) festgesetzt, sofern sie nach dem 30. Juni 1990 entstehen. Für die Zeit bis zum 30. Juni 1990 wird als beitragspflichtiger Verdienst bis zu 600 DM und ab 1. Juli 1990 eine neue Beitragsbemessungsgrenze festgelegt (S. Ziff. 4).

§ 9 sichert die weitere Zahlung der Pflege-, Blinden- und Sonderpflegegelder zu, wie sie bisher gemäß §§ 55–62 der Rentenverordnung gewährt wurden.

Desweiteren ist das Gesetz über die Sozialversicherung – SVG – vom

28. Juni 1990 (GBl.I Nr. 38 S. 486 ff.) zu erwähnen, welches das einheitliche Sozialversicherungssystem der DDR auflöst. Künftig wird es eine Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung geben, die von verschiedenen Versicherungsträgern bestritten werden. Die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Beiträge, die Unfallversicherung allein vom Arbeitgeber finanziert. Danach zahlt ein Erwerbstätiger von seinem Bruttoarbeitseinkommen Beiträge für die Rentenversicherung in Höhe von 9,35 Prozent; für die Krankenversicherung in Höhe von 6,40 Prozent und für die Arbeitslosenversicherung 2,15 Prozent, also insgesamt 17,9 Prozent. Die Beitragsbemessungsgrenze beträgt bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung 2.700 DM, für die Krankenversicherung liegt sie bei 75 Prozent der für die Rentenversicherung geltenden Beitragsbemessungsgrenze.

Schließlich wären noch drei Durchführungsbestimmungen zum Sozialhilfegesetz vom 21. Juni 1990 (GBl.I Nr. 35 S. 392 ff.) zu erwähnen, die im Gesetzblatt Teil I Nr. 41 S. 624 nachzulesen sind. Auf den ersten Blick erscheint die 3. Durchführungsbestimmung Interesse zu finden, weil es um pauschale monatliche Unterhaltskostenbeiträge von Heimbewohnern geht: Feierabendheime bzw. -stationen 300 DM; Pflegeheime bzw. -stationen 335 DM; Pflegeheime bzw. -stationen für physisch oder psychisch geschädigte Kinder und Jugendliche 300 DM. Dabei werden Vermögen und Einkünfte der Heimbewohner und unterhaltspflichtiger Angehöriger nicht herangezogen.

Broschüre zu Arbeit und Beruf

Die Bundesregierung verfügt über einen „Beauftragten für die Belange der Behinderten". Seit 1982 ist dies der Bundestagsabgeordnete Otto Regenspurger, Mitglied der CSU.

Ein besonderes Anliegen in seiner Arbeit ist das Bemühen um die Eingliederung Behinderter in Arbeit und Beruf – gleichzeitig auch Titel einer aktuellen Informationsschrift, die der Abgeordnete gemeinsam mit Ministerialrat Theodor Düsseldorf herausgab.

Die informative Broschüre umfaßt wichtige Adressen, Angaben zu den Hauptfürsorgestellen in der Bundesrepublik, verweist auf Grundlagen der beruflichen Rehabilitation und stellt das Konzept zur beruflichen Eingliederung Behinderter vor. Das Ziel des Beauftragten ist, eine Änderung des Einstellungsverhaltens der öffentlichen und privaten Arbeitgeber zu erreichen. Die Autoren gehen auf die Förderung der Ausbildung und Umschulung von Behinderten ein. Sie verweisen auf die Möglichkeiten finanzieller Hilfen bei Ausbildung und Umschulung sowie gesetzlichen Grundlagen zur Beschäftigungspflicht für Behinderte.

Rudi Renner

So positiv ist es gar nicht

Da ich einen schwerstbehinderten Sohn habe (Stufe IV), will ich von unseren Erfahrungen in der Umbruchsituation berichten. Mein Sohn ist gehörlos, Epileptiker und geistig behindert. Vor der Wende bekam er 330 Mark Rente und konnte bis 60 Mark dazu verdienen. In einer Einrichtung soll er vorbereitet werden auf einen geschützten Arbeitsplatz. Aber dann waren es die Behinderten, die als erste keine Arbeit mehr bekamen. Dabei ist es gerade für sie so unendlich wichtig, das Gefühl zu haben, nützlich zu sein. Jetzt müssen die Eltern der Behinderten auch vieles selbst bezahlen, so z. B. bei Fahrten, weil die Einrichtung keine Zuschüsse mehr erhält. Auch das Essensgeld ist sehr gestiegen, Mittag kostet 3,85 DM. Besonders schlimm ist es für uns, daß mein Mann zum Jahresende arbeitslos wird. Er ist Wissenschaftler in einem Forschungsinstitut, das dem Ministerium für Gesundheitswesen unterstellt ist und aufgelöst wird. Ich bin von Beruf Apothekerin, arbeite aber schon 19 Jahre nicht mehr, da ich unseren Sohn optimal fördern wollte. Nun habe ich versucht, Arbeit zu bekommen, aber es ist Einstellungsstop. Unser Sohn hat noch eine Zwillingsschwester. Sie beginnt im September ein Medizinstudium in Berlin (280 DM Stipendium).

Da mein Mann und ich schon über 50 Jahre sind, wird es für uns schwer werden, Arbeit zu bekommen. Vor der Wende waren wir eine zufriedene Familie. Unsere Existenz war gesichert. Jetzt haben wir genug Sorgen. 80 DM Pflegegeld sind in der jetzigen Zeit nicht viel, früher sind wir damit ausgekommen. Ich schreibe nicht, um Hilfe zu bekommen. Ich bitte Euch nur, nicht gar zu positive Berichte über die Situation der Behinderten nach der Wende zu geben (s. ND vom 7. August 1990).

Karin Jeske
Dresden

Anmerkung der Red. Unter der Überschrift: „Behinderte sollen ihr leben selbst bestimmen" heißt es in besagtem Artikel v. 7. August 1990 u. a.: *„In einer Umbruchsituation, wie in der DDR, können Behinderte Dinge erreichen, für die in anderen Ländern 20 Jahre gebraucht wurden. Über diese Erfahrung berichteten der Präsident des Behindertenverbandes der DDR, Dr. Ilja Seifert und Vizepräsident Beate Thrams auf dem 10. Weltkongreß für geistig Behinderte, der bis zum Freitag in Paris stattfindet.*

Dabei verwiesen sie u. a. darauf, daß in der DDR alle Parteien behindertenpolitische Programme aufgestellt haben und die Behinderten nicht nur mit drei Abgeordneten in der Volkskammer, sondern auch in verschiedenen Fraktionen von Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten vertreten sind. Es sei eine große Öffentlichkeit erreicht worden. Durch den Kongreß, an dem auch Vertreter der „Lebenshilfe" aus der

DDR teilnehmen, wäre man nicht nur im Ziel bestärkt worden, die Integration aller Behinderten zu erreichen, sondern auch darin, daß die Betroffenen selbst darüber bestimmen müssen, betonte Dr. Seifert. Deshalb wolle man in Paris mit möglichst vielen Verbänden Kontakt aufnehmen..."

Für's Auto mehr Zeit als für den Nachbar?

Ich erhielt von euch das Heft „DIE STÜTZE". Nachdem ich dieses durchgelesen habe, möchte auch ich euch einige Probleme, die mich betreffen, mitteilen. 1987 wurde mein linkes Bein bis zum Knie amputiert. Da meine Frau inzwischen verstorben ist – sie werden es nicht glauben – bin ich kaum einmal aus meinen 4 Wänden herausgekommen. Meine Hausreinigung macht eine Wirtschafterin, wofür ich pro Stunde 5 DM bezahle. Wenn man euer Heft so durchblättert, merkt man, es tut sich schon hier und da einiges, aber eben noch zu wenig. Unsere heutige Regierung tut ja auch manchmal recht sozial, aber leider ist in der Praxis davon nichts zu spüren. Wie heißt es doch immer „Der Geist ist willig – aber das Fleisch ist schwach" oder umgekehrt. Daß Euer Kollektiv sich alle Mühe gibt, den Behinderten und Hilfsbedürftigen zu helfen, glaube ich schon. Aber werdet ihr es schaffen? Die Menschen haben heute mehr Zeit für ihr Auto als für den Menschen nebenan. Das Wort Humanität ist in den Sternen geschrieben. Wieviele Menschen unserer Erde müssen Hungers sterben, weil der Überschuß unserer Produkte lieber auf dem Müll landet.

Ich wohne in Lauchhammer, bisher hat sich von keiner Seite jemand nach mir erkundigt und gefragt, wie ich zurecht komme. Ich kann an keinerlei Veranstaltungen von Seiten der Veteranen teilnehmen, bin immerhin schon 76 Jahre alt. Es gab mal eine Zeit, die hieß Sozialismus. Trotz allem, abgesehen von einigen Funktionären, die leider heute frei herumlaufen, sah manches anders aus als das, was nun auf uns zukommt. Auf sozialem Gebiet wurde im damaligen sozialistischen Staat mehr getan. Nun habe ich wohl genügend rumgebarmt. So gern ihr helfen möchtet, aber auch ihr seid nur Menschen. Was mir helfen würde, wäre ein leichter bequemer Rollstuhl, den ich auch selbst die Treppe rauf und runter transportieren kann, da es bei uns keine schräge Abfahrt gibt. Dann fehlt eine Räumlichkeit, diesen unterzustellen, damit er nicht bei Wind und Wetter im Freien steht. Sie müssen meinen Beitrag keinesfalls veröffentlichen. Ich erwarte auch nicht, daß Sie sich meinetwegen Umstände machen, Sie haben sicher selbst genug zu tun. Ich muß eben so weiterwurschteln wie bisher.

Helmut Hartmann
Lauchhammer

Lieber Herr Hartmann, auch wir haben keinen so leichten Rollstuhl bei der Hand. Aber wir werden alles tun, damit Sie so schnell wie möglich einen bekommen. Vielleicht können

wir auch helfen, Menschen zu finden, die Sie nicht nur für Bezahlung unterstützen. Wir jedenfalls danken für Ihre ehrlichen Zeilen und wünschen Ihnen Gesundheit und schöne Stunden auch außerhalb Ihrer vier Wände.

Die Redaktion

Liebe Freunde!

Ich bin Leser Ihrer Zeitschrift „DIE STÜTZE" und teile Ihnen mit, daß ich als AG-Leiter Gesundheit und Soziales und amtierender Beauftragter für Minderheitenprobleme der Zentrale der KPD uneingeschränkt hinter den Forderungen der Berliner Behinderten, veröffentlicht in Heft 10/90, stehe und alles daran setzen werde, damit diese Liste komplett verwirklicht wird.

Ansonsten wünsche ich alles Gute, vor allem auch, daß die Zeitschrift „DIE STÜTZE" weiterhin so gut sein wird wie bisher, dann sichert das bestimmt auch viele Leser. Also viel Erfolg!

Steffen Weise
Berlin

Schade um das Papier

Durch Zufall kaufte ich mir an einem Kiosk „DIE STÜTZE". Da ich eine lange Bahnfahrt und nichts anderes lesbares hatte, blätterte ich darin und finde, mir tut die Mark leid, die ich dafür bezahlte, überhaupt, schade um das Papier. Schon rein äußerlich hat diese Zeitung überhaupt nichts zu bieten, warum macht Ihr es so billig, wenn Ihr die Menschen auf Euch aufmerksam machen wollt.

Irene Schneider
Dessau

Klein, aber oho

Ich bin Lektor und kein Mitglied Eures Verbandes. DIE STÜTZE fiel mir durch ihre Schlichtheit in dem jetzt so bunten Blätterwald auf. Auch der Inhalt enttäuschte nicht, er machte mich sehr nachdenklich, ich glaube, ich werde künftig mehr Verständnis gegenüber Menschen mit Behinderung haben. Es ist eine Zeitung, die ich bedenkenlos jedem empfehlen kann und die ich hiermit abonniere.

Gerd Schlesinger
Leipzig

Hallo, Ihr vom BV...

Ich bin Leiterin vom Club der kleinen Leute der DDR, und komme heute mit einer Bitte zu Euch. Wir haben wieder einmal ein Treffen vor, am 31. August soll es in Hormersdorf, Bezirk Chemnitz, sein. Eingeladen sind auch Gäste aus der BRD... uns aber fehlt es an Geld. Könnt Ihr helfen. Wir benötigen insgesamt 550 DM *(Es folgt eine Aufzählung, wie sie das Geld verwenden wollen).*

Inzwischen gehören zu unserem Klub 68 Kleinwüchsige. Sollten sich bei Euch weitere solcher Freunde melden, dann gebt ihnen bitte unsere Adresse und die lautet: Club der kleinen Leute, Am Bahrebach 83, PF 09/13, Chemnitz 9081.

Monika Schreiber
Chemnitz

PS. *Einen Tag nach Posteingang, so konnten wir erfahren, ging die ge-*

wünschte Summe von der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes ab. Wir hoffen, daß alle Freunde des Clubs angenehme Stunden bei ihrem Treffen hatten. Wir würden uns freuen, einmal mehr über das Wirken des Clubs kleiner Leute zu erfahren – wer also hat Lust, einen STÜTZE-Beitrag zu schreiben, auch Fotos (schwarz/weiß) veröffentlichen wir gern.

Die Redaktion

Alibi für die Schirmherrin?

Auf unserer letzten Vorstandssitzung des BV-Pankow sind wir gemeinsam zu dem Entschluß gekommen, daß wir nicht länger gewillt sind, die Schirmherrin unseres Verbandes zu ertragen.

Uns wurde bisher noch nicht bekannt, welche Aktivitäten diese Dame für unseren Verband unternommen hat, um uns sozial in die Einheit zu führen, bzw. für uns einen Sponsor zu finden, um uns aus den materiellen Schwierigkeiten zu helfen.

Da es in der westlichen Welt zum guten Ton gehört, daß die Ehefrauen der Staatsoberhäupter sich zu Schirmherrinnen über karitative Stiftungen oder Verbänden erklären, wollen wir nicht das moralische Alibi dieses Staatsoberhauptes sein. Die 360 DM Taxitalons für ein Quartal reichen gerade 4 mal von Buch bis nach Pankow (87,50 DM eine Fahrt und zurück). Die Fahrten, die ich für den Verband in Anspruch nehme, wer gibt mir die Kosten zurück? Wer bezahlt mir die Fahrten zum Arzt? Bisher haben wir uns aus eigener Tasche finanziert und das bei neuen Posttarifen und teureren Schreibwarenpreisen.

P. Maske
Berlin

Begegnung – Bewegung

Auch 1990 konnten wir – Mitarbeiter der Bezirksstelle FA für Inn./Med./Rheumat. Berlin – mit 40 zum Teil schwer körperbehinderten Patienten einen Tag in frischer Luft am Müggelsee verbringen. Unter dem Motto „Begegnung – Bewegung – Beratung" finden seit 1973 jährlich diese Patientenausflüge statt und die Freude der Teilnehmer rechtfertigt immer wieder die Bemühungen der Organisatoren.

Barbara Pavlick
Berlin

Reha-Ferienlager

Vom 21. Mai bis 1. Juni fand im betriebseigenen Ferienobjekt „Boddenblick" in Fuhlendorf bei Barth das 9. Reha-Ferienlager „Freizeit und Erholung" mit 35 geschädigten Kindern und Jugendlichen statt.

Dieses Lager, eine Kooperationsgemeinschaft zwischen der Förderungseinrichtung der Bezirksnervenklinik und der Tagesstätte Stendal, war wieder ein großer Erfolg. Erstmalig nahm eine Gruppe Jugendlicher aus der WfB Gifhorn (WfB = Wohnanlage für Behinderte) an unserer Freizeit und Erholung teil.

Neptunfest, Kinderfest, Fahrten nach Barth, Zingst, Prerow sowie Stralsund waren ein besonderes Erlebnis. Die Kremserfahrt und eine

Boddenrundfahrt mit dem Schiff „Heidi" waren der Höhepunkt dieser zwölf Tage.

Dank gilt dem Trägerbetrieb, der Bezirksnervenklinik Uchtspringe, dem Reha-Zentrum in Tangerhütte sowie dem Kraftverkehr Stendal mit seinen hilfsbereiten und freundlichen Fahrern.

Eberhard Hanisch
Uchtspringe

Auch spenden will gelernt sein

Der Bezirksverband Potsdam ist einer der ersten Empfänger eines der in Ausgabe 9/90 angekündigten Fahrzeuge aus dem Volumen der bundesdeutschen Spende.

Nach mehreren Telefonaten aus und mit der Hauptgeschäftsstelle in Berlin und dem DRK in Potsdam war klar, daß am 29. Juni gegen 17.00 Uhr die Übergabe in Potsdam erfolgen wird. Zum Fahrzeugtyp waren keine Informationen zu erhalten.

So standen wir dann etwas überrascht vor einem VW-Transporter, Typ LT 28, mit hydraulischer Hebebühne, geeignet für die Beförderung von bis zu gleichzeitig sechs Rollstühlen.

So groß die Freunde auch war, diese Spende hat viele Probleme ausgelöst:

- Es gab verständlicherweise noch keine Einsatzkonzeption
- Die Übergabe war nicht vorbereitet
- Bis zum heutigen Tag ist der Behindertenverband Bezirk Potsdam noch nicht im Besitz eines Nachweises über die Rechtmäßigkeit des Eigentums.
- Die Kosten für polizeiliche Zulassung, Steuern und Versicherungen belasten die ohnehin nicht gute Finanzlage erheblich

Eine Kritik an die Spender und die mit der Weiterleitung der Spende Beauftragten in Ost und West bezüglich der Verantwortung für den Erfolg der Spende muß ausgesprochen werden.

Das dem Bezirksverband Potsdam übergebene Fahrzeug wird in absehbarer Zeit unter folgenden Bedingungen genutzt:

- Mit dem DRK wird eine Einsatzvereinbarung abgeschlossen, die eine Beförderung Behinderter zu sozial und wirtschaftlich vertretbaren Kosten unter Nutzung des bestehenden DRK-Beförderungssystems ermöglicht.
- Für Verbandsmitglieder ist ein vorrangiger und noch kostengünstigerer EINSATZ verbandsintern möglich.
- Durch fördernde Mitgliedschaften der Minol-Mineralöl AG Potsdam und der Brandenburgischen Automobil GmbH werden die verbandsinternen Betriebskosten gesenkt.

Die hier aufgeführten Fakten sollen helfen, daß das Problem der Mobilität für Behinderte schnell verbessert wird und der Einsatz weiterer Fahrzeuge aus Spenden besser vorbereitet werden kann.

Lothar Brüning
Potsdam

Homosexualität angeboren

Die DDR-Gesetzgebung für Homosexuelle, die liberaler ist als die der Bundesrepublik, muß von einem vereinten Deutschland übernommen werden. Darüber waren sich ost- und westdeutsche Teilnehmer der Dritten Internationalen Berlin-Konferenz für Sexualwissenschaft, die Anfang Juli in Berlin stattfand, einig. Wie Prof. Dr. Günter Dörner, Direktor des Instituts für Experimentelle Endokrinologie der Charité, bei einem Pressegespräch hervorhob, ist Homosexualität weder – wie immer noch häufig behauptet – krankhaft noch erlernbar. Sie ist vielmehr angeboren und biologisch erklärbar – eine Erkenntnis, die von vielen Fachleuten allerdings nach wie vor angefochten wird.

Tatsache sei, daß hormonelle Veränderungen während der kritischen Phase der Gehirnentwicklung (4. bis 7. Schwangerschaftsmonat) später zur Homosexualität führen kann. Ursache für den abweichenden Hormonspiegel, homosexuelle Männer beispielsweise haben schon vor der Geburt weniger männliche Hormone als heterosexuelle, sind genetische Veränderungen, die gekoppelt mit Streß wirken können. So hätten Untersuchungen ergeben, daß werdende Mütter, die während der Schwangerschaft unter angstauslösendem Streß leiden, häufiger homosexuelle Kinder zur Welt bringen.

Mit dem Wissen um die biologischen Ursachen, die nicht losgelöst von sozialen Faktoren betrachtet werden, könne sich Prof. Dörner durchaus vorstellen, die Hormonveränderungen eventuell auf Wunsch der Mutter schon in der Schwangerschaft hormonell zu behandeln. Allerdings gibt er dabei zu bedenken, daß dazu kein zwingender Grund vorliege und der Gesellschaft dadurch Menschen mit besonderen Fähigkeiten verlorengehen würden. Homosexuelle sind meist sehr musisch und künstlerisch veranlagt oder sind zu besonderen wissenschaftlichen Leistungen fähig. Eine echte Hilfe wäre eine Hormontherapie jedoch für Transsexuelle, die unter ihrem „Anderssein" sehr stark leiden und bei denen man deshalb auch von einer Krankheit spricht.

Die Konferenz, die seit 60 Jahren erstmals wieder Sexologen aus aller Welt vereinte, behandelte noch Fragen der Endokrinologie, der Sexualphysiologie, der Homo- und Bisexualitäten, der Geschichte der Sexualphysiologie sowie Fragen zu AIDS.

★

NACH ANGABEN des Statistischen Bundesamtes stieg 1990 der Aufwand für Sozialhilfe, die von den Bundesländern, den kreisfreien

Städten und den Kreisen getragen wird, um 6,5 Prozent auf 28,7 Milliarden DM. Seit 1980 haben sich die Ausgaben mehr als verdoppelt. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wird sich in diesem Jahr der Vier-Millionen-Grenze nähern. Gründe für diese Entwicklung sind die starke Zuwanderung von Aussiedlern, Übersiedlern, Asylbewerbern. Sozialhilfe wird von zahlreichen behinderten Menschen und in wachsendem Maße auch von langfristig Arbeitslosen in Anspruch genommen.

★

DIE INFORMATIONSBROSCHÜRE „Die Steuererleichterungen für Behinderte", Stand 1989/90, kann kostenlos beim Präsidium des Bundes der Steuerzahler, Postfach 1771, 6200 Wiesbaden bestellt werden.

★

DIE INITIATIVGRUPPE KREBS „Hilfe zur Selbsthilfe", ist zu erreichen im Club des WB 76, Immanuelkirchstr. 25, 1055 Berlin. Wir bieten auch Haus- und Klinikbesuche. Beratungen finden jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat statt.

★

EINE BERATUNGSSTELLE für autistisch Behinderte wurde am 1. September im Evangelischen Gemeindehaus Biesdorf, Alt-Biesdorf 63, Berlin 1141, eröffnet. Träger der Beratungsstelle ist die Ost-Berliner Diakonie-Zentrale „Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg". Mit diesem Dienst soll Kindern mit der Diagnose „frühkindlicher Autismus" und deren Angehörigen die Möglichkeit geboten werden, Beratung und Hilfe in ihrer oft ausweglos erscheinenden Familiensituation zu erhalten sowie konkrete Therapieprogramm in Anspruch zu nehmen.

Frühkindlicher Autismus ist gekennzeichnet durch eine schwere Beziehungs- und Kommunikationsstörung, die die Kinder unfähig macht, zu anderen Personen, selbst zu den eigenen Eltern, eine emotionale Beziehung herzustellen.

Die Beratungsstelle, die von Dipl.-Psychologin Verena Koslowsky geleitet wird, stellte sich Angehörigen und Förderern autistischer Kinder sowie der interessierten Öffentlichkeit am Mittwoch, 22. August 1990, von 10 bis 12 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus Biesdorf vor.

★

KÜRZLICH nahm der paritätische Arbeitsausschuß Groß-Berlin der Vereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistigen Behinderungen Berlin (DDR) e.V. und der Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. Landesverband Berlin (West) seine Arbeit auf.

Der Arbeitsausschuß war zuvor von beiden Vorständen vereinbart worden. Der Ostberliner Vorstand begrüßt in einer Erklärung ein Zusammenwachsen mit dem Ziel, einen Landesverband Groß-Berlin zu bilden, der die Interessen von Menschen mit geistigen Behinderungen

in beiden Stadtteilen gleichermaßen vertritt. Konzepte, die der Arbeitsausschuß erarbeitet, werden den Mitgliedern der Ostberliner Vereinigung zugänglich gemacht. Die endgültige Entscheidung obliegt nach dem Statut dann der Mitgliedervollversammlung.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich in der Straße der Befreiung 60, Berlin 1136 (Eingang Alfred-Kowalke-Str.) Haus 2, Aufg. 7, Etage 8, Zi. 8227. Unser Spendenkonto: 6651-17-179 Staatsbank.

★

AM 25. AUGUST 1990 fand die 3. Zusammenkunft von 25 Vertretern vieler Kreise des Bezirkes Dresden statt. Unter der Leitung von Dr. Peter Müntzberg ging es um die Frage „Beitritt zum kürzlich mit bayrischer Hilfe in Chemnitz gegründeten Landesverband Sachsen des VdK oder Mitarbeit im Behindertenverband". Als Gäste nahmen die Vorsitzende des VDK Sachsen, Dr. Antje Möbius, und der Präsident des Behindertenverbandes, Dr. Ilja Seifert, teil.

Im Ergebnis wurde festgelegt, daß jeder Kreisverband bis zum 30. September 1990 selbst beschließen soll, wo er sich heimisch fühlt. Die Kreisverbände, die im Behindertenverband bleiben wollen, sollten dann gemeinsam überlegen, ob und welche Zwischenstufe (z. B. Landesverband, AG o. ä.) möglich und nötig ist.

In der Diskussion wurde u. a. kritisiert, daß vom Behindertenverband nach der Gründung „nichts mehr gekommen" wäre. Ilja Seifert wies darauf hin, daß wir ja gerade darum gekämpft hätten – und zwar recht erfolgreich – daß uns niemand mehr von oben vorschreibt, was zu tun ist. Das Selbstgeschaffene macht wirklich stolz, weil man seinen Wert kennt.

★

EBENFALLS am 25. August beschloß der Landesverband Thüringen seine Mitgliedschaft im Behindertenverband. An der Veranstaltung nahm der Hauptgeschäftsführer des Behindertenverbandes, Klaus Hammerlik, teil.

★

PRO FAMILIA und Behindertenverband arbeiten zusammen. Das war ein Ergebnis der Beratung am 17. August zwischen dem Präsidenten des Behindertenverbandes, dem Volkskammerabgeordneten Dr. Ilja Seifert, und dem Vorstandsmitglied des Landesverbandes Berlin West von „Pro Familia" Frau Dr. Ingrid Kämmerer. Es wurde eine Zusammenarbeit beider Organisationen vereinbart. Einigkeit herrschte unter anderem in der Ablehnung der Sterilisierung von Nichteinsichtsfähigen nach dem BRD-Betreuungsgesetz, das diese Menschen einem bürokratischen Gremium ausliefert. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Verbandspräsident Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörigen die gute Erfahrung von „Pro Familia" bei der sexualpädagogischen Beratung dieser Bürger in

Westberlin unmittelbar und direkt zu nutzen.

★

„SEIN INTEGRATIVES, schädigungsübergreifendes, basisdemokratisches Konzept ist die reale Chance des Behindertenverbandes der DDR. Er kann auch im zukünftigen Gesamtdeutschland eine wesentliche Rolle bei der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung zu spielen." Diese Meinung äußerte Elke Kleinarth-Vogel, Referatsleiterin Eingliederung der Behinderten im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der BRD, im Gespräch mit dem Präsidenten unseres Verbandes am 16. August. Als konkreten ersten Schritt der Zusammenarbeit vereinbarte man, daß sich Contergangeschädigte DDR-Bürger beim Behindertenverband oder im Bundesministerium melden können, um rückwirkend Ansprüche aus der Contergan-Stiftung geltend zu machen.

★

MODE UND FREIZEIT unter diesem Titel wird ab September behindertengerechte Bekleidung in einer Spezialverkaufsstelle Leninstr. 24, Neubrandenburg 2000 angeboten. Im Sortiment sind auch Rehabilitationsmittel wie Aktivrollstühle und Computertechnik.

★

LEUKÄMIEZELLEN enthalten einen Faktor, der Arzneimittel aus ihrem Inneren herauspumpt, so daß Therapien oft nicht greifen. Diese Entdekkung niederländischer Krebsforscher führte zu dem Therapiekonzept, Leukämie mit Pharmaka gegen diesen Pumpeffekt und gegen die Blutkrankheit zu bekämpfen.

★

FÜR DIE ERFINDUNG und Weiterentwicklung eines Laptop-Computers für Blinde ist dem in der Tschechoslowakei geborenen australischen Ingenieur Milan Hudecek der mit 20 000 australischen Dollar dotierte Konstruktionspreis der Universität Sydney verliehen worden. Hudecek hatte seine „Eureka A4" genannte Neuentwicklung 1987 vorgestellt und sie inzwischen ständig weiterentwickelt. Eureka empfängt die Anwenderkommandos über eine mit Braille-Schrift versehene Tastatur und antwortet mit einer synthetisierten Stimme.

Das vorletzte Wort

Man sollte
alle Tage wenigstens ein
kleines Lied hören,
ein gutes Gedicht lesen,
ein treffliches Gemälde
sehen und,
wenn es möglich
zu machen wäre,
einige vernünftige
Worte sprechen.

(Goethe)

Geplantes Nachschlagewerk

über Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen in der DDR und der BRD

Die Vereinigung LEBENSHILFE LANDKREIS HARBURG e.V. (vormals HILFE FÜR BEHINDERTE e.V.) ist ein Elternverein, der in den letzten Jahren viel für behinderte Kinder und Erwachsene unternahm. Über Frühförderung, Sonderkindergärten, Werkstätten und Wohnheime werden mehr als 600 behinderte Menschen betreut.

Weit über den Rahmen des Landkreises hinaus wurde der Verein dadurch bekannt, daß er ein Verzeichnis aller Wohnmöglichkeiten für Behinderte in der BRD herausgibt: Anschriften von Wohnheimen, Anstalten, Wohngruppen u.a.m. sind darin enthalten. Dieses Nachschlagewerk erscheint jetzt in 5. Auflage und soll auch entsprechende Adressen in der DDR einschließen. Hierzu sammelt der Verein Anschriften von Einrichtungen, in denen behinderte Menschen zeitweilig oder ständig Aufnahme finden. Die Eintragung in das Nachschlagewerk erfolgt kostenfrei, da sich diese Publikation selbst trägt und als ein informatives Auskunftsmittel überall dort verwendet wird, wo es um die Beratung Behinderter oder ihrer Angehöriger geht.

Der Verein bittet um die Übermittlung entsprechender Angaben. Adresse: LEBENSHILFE LANDKREIS HARBURG e.V., Buenser Weg 46, D-2110 Bucholz

Bruno Franz

Kontaktsuche

Kaufmann (Westberliner), 1,78 m, möchte wieder eine Zweisamkeit mit netter, kulturell interessierter, beinamputierter Dame ab 36 J. aufbauen. Bildzuschriften (zurück) unter Chiffre Nr. 001, DIE STÜTZE, Neue Grünstr. 18, DDR-Berlin, 1020.

Das letzte Wort

Was nützt schon ein starker Wille, wenn man nicht weiß, was man will.

Anzeigenannahme für „DIE STÜTZE"

Verlag Gesundheit GmbH Berlin im Medizinischen Betreuungszentrum, **Abt. Anzeigen** (Leiter Gerhard Sbrisny), Straße der Befreiung 60, Berlin 1136 (Eingang Kowalke-Straße). Telefon: 51 61 30 74, 51 61 30 84, 51 61 34 82, Telefax: 2 75 49 83, Telex: 114 488

Anzeigenpreise: Kleinanzeigen (einspaltig) je Zeile 3 DM, 1 Seite 500 DM, 1/2 Seite 250 DM, 1/4 Seite 125 DM.

Das Spezialhaus für
Ihre Gesundheit

Wir informieren, beraten und helfen heilen.

...denn hier sind die Fachleute!

Sanitätshaus
Oesterreich
REHA-TECHNIK

Geschäftsführer: I. Warschawsky / H. Primas

Unsere Gesamtleistungen

Reha-Technik
Rollstühle
Elektro-Rollstühle
Treppen-Rollstühle
Bade- und Bett-Lifter
Gehhilfen
Toilettenhilfen
Therapiehilfen

Sanitätshaus
Krankenpflegeartikel
Gesundheitswäsche
Strümpfe
Strumpfhosen
Mieder
Alltagshilfen
Körperpflegeartikel

Medizin-Technik
Krankenbetten
Blutdruckmeßgeräte
Inhalationsapparate

Service
Kundendienstfahrzeug,
Reparatur vor Ort und in
eigener Werkstatt

Sanitätshaus Oesterreich Südharz
Ernst-Thälmann-Str. 40, 4270 Hettstedt
Telefon: 21 63

REHA-TECHNIK –
Ausstellung in der Wuhlheide

zur Unterstützung des
1. Gesamtberliner Sportfestes für geistig Behinderte

WO? Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide

WANN? 28. und 29. September 1990

WER?
S O P U R
MODIE – TRANS
ROLLSTUHL-RICHTER
REHA – LIFT
SCHMIDT – LIFT – SCHWARZ
EC – BETTEN
REHA – HILFEN JESSEN
SCHÄFER GmbH

WAS? REHA-TECHNIK-Ausstellung
- Rollstühle
- Bad- und WC-Lifter
- Treppenlifter
- Autolifter
- Pflegebetten
- Psychomotor. Übungsgeräte

u. a. Hilfen